

DIE GRÜNE ALTERNATIVE: WOHER SIE KOMMT.

Kurzer Abriss über die Vorgeschichte bis zum Einzug der Grünen in den österreichischen Nationalrat 1986

Die Anti-AKW-Bewegung legt den Grundstein

Lange, bevor in Österreich grüne Parteien gegründet wurden, existierte bereits eine starke Umweltbewegung, die die Voraussetzungen für einen grünen Durchbruch schaffte. Ein Meilenstein auf diesem Weg war die **Volksabstimmung** über das Atomkraftwerk Zwentendorf am **5. November 1978**. Damals - rund vier Monate vor dem Unfall von Harrisburg - stimmten 50,47% gegen die sogenannte "friedliche" Nutzung der Atomkraft. Zwentendorf wurde nie in Betrieb genommen.

Dieser Entscheidung voraus gegangen war eine breite Basisbewegung in ganz Österreich, in der Bauern ebenso aktiv beteiligt waren wie Hausfrauen, Intellektuelle und KünstlerInnen ebenso wie SchülerInnen und StudentInnen. 1976 bis 1978 kam es zu mehreren Demonstrationen mit Tausenden von TeilnehmerInnen. Der Konflikt um Zwentendorf war keiner zwischen "rechts" und "links", sondern viel eher einer zwischen "oben" und "unten": für das AKW waren der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky (der Jahre später, nach der Katastrophe von Tschernobyl, seine Meinung änderte), die SPÖ-Alleinregierung, die Gewerkschaft, die Industriellenvereinigung, die E-Wirtschaft und mehrere konservative Politiker. Trotz einer millionenschweren Propagandakampagne gelang es ihnen nicht, die Mehrheit der ÖsterreicherInnen zu überzeugen. ÖVP und FPÖ empfahlen schließlich aus taktischen Gründen (um Kreisky's Rücktritt zu erzwingen), mit "Nein" zu stimmen. An der (neben der EU-Abstimmung 1994 einzigen österreichischen) Volksabstimmung beteiligten sich schließlich knapp über 64% und es gab ein knappes "Nein" (mit nur 30.068 Stimmen Überhang). Die westlichen Bundesländer stimmten gegen Zwentendorf, besonders Vorarlberg, das sich auch gegen das grenznahe schweizerische AKW Rütli wehrte, mit über 84%.

Zwentendorf kann als die erste große Niederlage der bis dahin in Österreich nahezu "allmächtigen" Sozialpartnerschaft angesehen werden. Deren Versuche, neuerlich über Zwentendorf abstimmen zu lassen, wurden nach der Tschernobyl-Katastrophe im April 1986 endgültig aufgegeben. Die österreichische Anti-AKW-Bewegung erhielt in der 2. Hälfte der 1980er Jahre mit dem Kampf gegen die bayrische Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf (die schließlich verhindert wurde) wieder Auftrieb und kämpfte seither vor allem gegen die grenznahe Atomkraftwerke in weiteren Nachbarländern und für eine Änderung der Energiepolitik auf EU-Ebene. Mit der österreichweiten Vernetzung zwischen Anti-AKW-Initiativen und Alternativgruppen, die durch die Anti-Zwentendorf-Kampagne entstanden war, wurde ein organisatorischer Grundstein für die erst Jahre später einsetzende Gründung grüner Parteien gelegt.

Die ersten Grünparteien

In den späten 1970er Jahren kam es in Österreich zu ersten grünen Kandidaturen bei Gemeinderatswahlen, die "Bürgerliste" zog 1977 mit 2 Mandaten in den Gemeinderat der Stadt Salzburg ein. 1981/82 wurden, inspiriert von den ersten Erfolgen der deutschen Grünen, zahlreiche "pseudo-grüne" Parteien angemeldet, die jedoch großteils obskuren bis rechtsextremen Charakter hatten. Im Oktober 1982 steigerte sich die von Herbert Fux angeführte Bürgerliste in Salzburg von 5,58% auf 17,69% und errang 7 Mandate. Johannes Voggenhuber wurde der erste grüne Stadtrat Österreichs. Dieser Erfolg beschleunigte die Gründung von **ALÖ** (Alternative

Liste Österreich) und **VGÖ** (Vereinte Grüne Österreichs), die in den folgenden drei Jahren die Grün-Politik bestimmten.

Die ALÖ wurde am 5. November 1982 in Graz gegründet und getragen von AktivistInnen aus der Anti-AKW-, Dritte Welt-, Friedens- und Frauenbewegung (in Wien auch von Teilen der studentischen Linken). Die VGÖ gingen aus dem bürgerlichen Flügel der Anti-Zwentendorf-Bewegung hervor und wurden am 2. Dezember 1982 gegründet, ihr erster Vorsitzender war der Geologe und Universitätsprofessor Alexander Tollmann, der nach der Nationalratswahl 1983 von Josef Buchner aus Steyregg (bis 1994) abgelöst wurde. Auch Herbert Fux, 1986-1990 mit einer kurzen Unterbrechung Nationalratsabgeordneter der Grünen Alternative, war anfangs bei den VGÖ. Die VGÖ sahen ihre Hauptaufgabe im Umweltschutz und lehnten Gesellschaftsveränderung im Gegensatz zur ALÖ ab. Die ALÖ übernahm die Grundsätze der deutschen Grünen - ökologisch, solidarisch, basisdemokratisch, gewaltfrei. Innerhalb der ALÖ gab es zwei Strömungen - eine eher "gemäßigte" um die AL Graz und die meisten Bundesländer-AL's (zu der auch eine kurze Zeit existierende sogenannte "Donnerstags-Gruppe" der AL Wien gezählt wurde), und eine "linke", stärker an Randgruppenpolitik interessierte, die von der AL Wien (bzw. von deren Mehrheit) und ab 1984 auch von Teilen der Bundesländer-AL's (etwa Niederösterreich) getragen wurde.

Bei der **Nationalratswahl am 24. April 1983** kandidierten ALÖ und VGÖ getrennt und blieben ohne Mandat (gemeinsam wäre der Einzug ins Parlament gelungen). Die **ALÖ** kam auf 65.816 Stimmen und **1,36%**, die besten Ergebnisse erzielte sie in Vorarlberg mit 2,00% und in der Steiermark (wo sie sogar stärker als die VGÖ war) mit 1,82%. Die **VGÖ**, denen in Meinungsumfragen bereits bis zu 8% der Stimmen vorausgesagt worden waren, stürzten schließlich vor der Wahl, u.a. auch wegen öffentlich ausgetragenen Konflikten zwischen Tollmann und Fux, ab und kamen auf nur 93.798 Stimmen und **1,93%**. Ihre besten Resultate verzeichneten sie in Salzburg mit 2,74% und in Vorarlberg mit 2,65%.

Als "Hochburg" der Alternativen Liste kann Graz bezeichnet werden. Dort kam die ALG bei der Gemeinderatswahl im Jänner 1983 auf überraschende 7,04% und 4 Mandate. Bei der Wiener Gemeinderatswahl, die gleichzeitig mit der Nationalratswahl 1983 abgehalten wurde, erreichte die ALW 23.969 Stimmen und beachtliche 2,50% (womit sie jedoch an der 5%-Hürde scheiterte, die von Grünen erst 1991 übersprungen werden sollte), obwohl auch eine von den VGÖ unterstützte "Wahlgemeinschaft für Bürgerinitiativen und Umweltschutz" (WBU) antrat, die auf 0,64% kam. Die WBU hatte schon bei der Wiener Gemeinderatswahl im Oktober 1978 kandidiert und damals 0,73% erreicht. In 10 der 23 Wiener Bezirksvertretungen (Bezirke 1 bis 10) erreichte die ALW 1983 jeweils ein Mandat. Im September 1983 gelang der Alternativen Liste mit 2,87% und 1 Mandat auch der Einzug in den Gemeinderat von Innsbruck.

Der erste alternative Gemeinderat Österreichs war übrigens Fritz Zaun, der schon 1980 mit der AL in Baden 1 Mandat (mit 3% der Stimmen) erreicht hatte. Die VGÖ hatten ihre Hochburg in Linz, wo sie im Oktober 1985 mit 5,51% auf 3 Mandate kamen (die sie bei ihrem zweiten und letzten Antreten 1991 verteidigten), und waren seit März 1985 auch im Gemeinderat von Klagenfurt vertreten (zunächst 1 Mandat, 1991 und 1997 jeweils 2 Mandate, 2003 in einer gemeinsamen Grün-Liste aufgegangen). Grün-Listen und grün-nahe Bürgerlisten (die oft keiner österreichweit organisierten Grünpartei zuzurechnen sind) zogen mittlerweile in mehrere Hundert österreichische Gemeindevertretungen ein. 2011 beträgt die Zahl grüner GemeinderätInnen (inklusive der GemeinderätInnen nahe stehender unabhängiger Listen) etwa 1.000.

Grüne bei Landtagswahlen

Als die SPÖ nach dem Verlust ihrer 12 Jahre andauernden absoluten Mehrheit und dem Rücktritt von Bundeskanzler Kreisky 1983 eine "kleine Koalition" mit der FPÖ bildete und von einer Krise in die nächste taumelte, stieg auch das Grün-Potenzial. Bei **Landtagswahlen** konnte es jedoch selten voll ausgeschöpft werden, da entweder AL und VGÖ getrennt kandidierten (NÖ, Kärnten, OÖ), oder die rechtsextreme (und später verbotene) Tarnliste "Die Grünen Österreichs" antrat (1984-1986) und Stimmen kostete. Bei der niederösterreichischen Landtagswahl im Oktober 1983 blieben VGÖ (0,99%) und ALNÖ (0,59%) unbedeutend (erst fünfzehn Jahre später, 1998, gelang den Grünen dort der Einzug).

Im Land Salzburg (wo die Bürgerliste schon 1979 auf 1,84% gekommen war) scheiterte die aus AL, Bürgerliste und VGÖ gebildete GABL im März 1984 mit 4,26% nur knapp.

In Tirol bildeten AL und VGÖ die "Liste für ein anderes Tirol", die im Juni 1984 auf 2,92% kam.

Bei der Landtagswahl in Kärnten im September 1984 bildete die slowenische "Kärntner Einheitsliste/Koroška Enotna Lista" (die im gemischtsprachigen Gebiet rund 40 bis 50 GemeinderätInnen stellt und bei den Landtagswahlen 1975 und 1979 bereits 2,03% bzw. 1,42% erreicht hatte) mit der AL ein Bündnis und kam auf 1,49%, die VGÖ erreichten 1,13%. Auf Grund hoher Grundmandatshürden gelang Grünen erst 2004 der Einzug in den Kärntner Landtag.

Der erste Einzug Grüner in einen Landtag gelang bei der Landtagswahl in **Vorarlberg** am 21. Oktober 1984: ein von dem Bregenzerwälder Bauern Kaspanaze Simma angeführtes AL/VGÖ-Bündnis kam auf sensationelle 13,00% der Stimmen und 4 Mandate. Vorarlberg, das schon bei der Zwentendorf-Volksabstimmung den Ausschlag gegeben hatte, blieb seither eine "Grün-Hochburg". In den folgenden Jahren kam es jedoch zu Konflikten zwischen AL und VGÖ, zu einer Verselbständigung der Landtagsfraktion und zu getrennten Grün-Kandidaturen bei den darauf folgenden Landtagswahlen. Noch bis zur Landtagswahl 1994 sollte das grüne WählerInnenpotenzial in Vorarlberg in zwei nahezu gleich große Teile - einen "alternativen" und einen "bürgerlichen" – gespalten bleiben.

Bei der oberösterreichischen Landtagswahl im Oktober 1985 ließ VGÖ-Obmann Buchner ein schon fertiges Bündnis mit der AL im letzten Moment platzen, da er sich stark genug fühlte, in seiner Heimat den Einzug alleine zu schaffen. Die Rechnung ging nicht auf, die VGÖ erreichten nur 2,19%, und die aus AL und einigen Ex-VGÖlerInnen gebildete GAL kam auf 1,68% (auch 1991 verhinderte Buchner durch eine VGÖ-Kandidatur den Landtagseinzug der Grünalternativen in Oberösterreich; dieser gelang erst 1997, als Buchner sich auf die Kandidatur bei den Kommunalwahlen in seiner Heimatgemeinde Steyregg konzentrierte und dort auch - als erster österreichischer Grünpolitiker - direkt zum Bürgermeister gewählt wurde).

Der letzte Versuch einer AL-VGÖ-Plattform auf Landesebene wurde in der **Steiermark** gestartet, da die dortigen Landtagswahlen am 21. September 1986 schon als "Probegalopp" für die Nationalratswahl 1986 angesehen wurden. Mit 3,73% und 2 Mandaten gelang der Einzug äußerst knapp, allerdings hatte es vier weitere "pseudo-grüne" Kandidaturen gegeben. Wie in Vorarlberg scheiterte jedoch auch in der Steiermark die Zusammenarbeit innerhalb der Plattform bald und die Abgeordneten Gundi Kammländer (AL) und Josef Korber (VGÖ) lösten den Landtagsklub auf (dies sollte 1991 zum Hinausfliegen der Grünen aus dem steirischen Landtag führen, in den erst die Grüne Alternative im Dezember 1995 wieder einzog).

Hainburg: Anstoß zur grünen Einigung

Inzwischen war jedoch die Umweltbewegung in ein neues Stadium getreten: Anfang 1983 hatte der WWF seine Kampagne "Rettet die Auen" gestartet und mit Hilfe einiger Medien begonnen, die Öffentlichkeit auf die drohende Zerstörung der Donauauen bei Hainburg durch ein Wasserkraftwerk aufmerksam zu machen. Im Sommer 1983 gründeten Bürgerinitiativen, Österreichische Hochschülerschaft, Naturschutzjugend u.a. Umweltgruppen die "Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg", und im Mai 1984 wurde das sogenannte "Konrad-Lorenz-Volksbegehren" (KLV) eingeleitet. Der Bescheid des NÖ-Landesrats Brezovsky zur naturschutzrechtlichen Baubewilligung im November 1984 löste einen Proteststurm aus. Anfang Dezember 1984 erteilte Landwirtschaftsminister Haiden, der schon ein Jahr zuvor Hainburg zum "bevorzugten Wasserbau" erklärt hatte, die Rodungsbewilligung. Am 8. Dezember zogen rund 8.000 Menschen in Form eines Sternmarsches mit anschließender Kundgebung in die Au, und die ersten BesetzerInnen richteten sich ein. In den folgenden Tagen stieg deren Zahl auf einige Tausend. Zeltlager wurden errichtet, Barrikaden aus Baumstämmen gebaut. Rodungsversuche unter Gendarmerieeinsatz fanden am 10., 11. und 17. Dezember statt, unterbrochen von ergebnislosen Verhandlungen zwischen dem KLV und der unter dem Druck von DOKW und ÖGB stehenden Bundesregierung. Am Morgen des **19. Dezember 1984** kam es zu einem brutalen Polizeieinsatz in der Au, bei dem über 100 AusschützerInnen verletzt wurden. Am selben Nachmittag demonstrierten in Wien rund 40.000 Menschen gegen das Vorgehen der Regierung und gegen den Kraftwerksbau. Am 22. Dezember musste Bundeskanzler Sinowatz (SPÖ) unter dem Druck der öffentlichen Meinung und einiger einflussreicher Medien einen "Weihnachtsfrieden" verkünden. Tausende Menschen verbrachten die folgenden Feiertage in der Au. Als das Höchstgericht Anfang Jänner 1985 weitere Rodungen bis zum Abschluss der laufenden Beschwerdeverfahren verbot, wurde die Besetzung beendet. Eine vom Bundeskanzler eingesetzte Ökologiekommision sprach sich im Herbst 1985 klar gegen das Hainburg-Projekt aus. Bisher konnten auch Versuche, kleinere Donaukraftwerke östlich von Wien zu bauen (z.B. Engelhartstetten 1989), durch öffentlichen Druck verhindert werden, und 1996 entstand der "Nationalpark Donau-Auen". Der gewaltfreie Widerstand in der Hainburger Au brachte nicht nur die zweite große Niederlage von Regierung, Sozialpartnern und E-Wirtschaft nach 1978, sondern auch eine Politisierung von Tausenden, vor allem jungen, Menschen. Die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich "grün" zu engagieren bzw. zu deklarieren, war gestiegen, ebenso wie die Zweifel an der "Umweltpolitik" der SPÖ. Das "Konrad Lorenz-Volksbegehren" wurde schließlich zwischen dem 4. und 11. März 1985 von 353.906 ÖsterreicherInnen (das sind 6,55% der Stimmberechtigten) unterzeichnet. Bei den grünen Kleinparteien ALÖ und VGÖ, die von der Stärke der Hainburg-Bewegung ziemlich überrascht wurden, stieg die Einsicht in die Notwendigkeit der Einigung möglichst aller Grün-Gruppen im Hinblick auf die nächsten Nationalratswahlen. Der entscheidende Impuls kam Ende 1985/Anfang 1986 in Form der Gründung der "**Bürgerinitiative Parlament**" (BIP) durch den aus der SPÖ ausgeschlossenen Günther Nennung und andere KLV-Leute. Anfangs war das Ziel der BIP, eine Art "Prominenten-Wahlverein" zu werden. Im Laufe des Jahres 1986 kam es jedoch zu einer Öffnung. In der BIP fanden sich schließlich neben Nennung und mehreren Hainburg-Bewegten auch Bürgerlisten-Stadtrat Johannes Voggenhuber, Rüstungsexperte und Abfangjäger-Gegner Peter Pilz sowie mehrere ExponentInnen des sogenannten "Grazer Flügels" der ALÖ. Die bisherigen Grünparteien wurden dadurch in Zugzwang gebracht. Während die VGÖ ein Arrangement mit der BIP (ähnlich einer Plattform) suchten, gründete der sogenannte "Wiener Flügel" der ALÖ die "Grünalternative Sammlung" (GRAS) als basisdemokratisches Gegenmodell gegen die BIP, ohne jedoch nur annähernd deren Medienpräsenz zu erreichen. Führend war die GRAS lediglich in Wien, wo sich ihr

außer einem Buchner-treuen VGÖ-Restbestand praktisch alle Grüngruppen anschlossen: die ALW, der von Josef Buchner Ende 1985 wegen "Linksabweichung" ausgeschlossene Wiener Landesverband der VGÖ, die (vor allem von Günther Nennung, Peter Pilz und dem Arzt Werner Vogt getragene) Wiener BIP und Kleinstgruppen wie die PNÖ (Partei Neues Österreich), die DFP und die Redaktion der Zeitschrift "Die Grünen Demokrat/inn/en" (später "Umfeld"). In mühevollen Sitzungen sollte ein "Hainburger Einigungskomitee", in dem alle Grüngruppen vertreten waren, einen "Hainburger Eingungskongress" für Oktober 1986 vorbereiten - zu dem es allerdings nie kam.

Auf dem Weg ins Parlament

1986 war ein Jahr großer innenpolitischer Veränderungen in Österreich: eine **"Wende nach rechts"** gab es in der Katholischen Kirche (von Kardinal König zu Groër), in der Regierung (von Sinowatz zu Vranitzky), an der Spitze des Staates (von Kirchschräger zu Waldheim) und in der FPÖ (von Norbert Steger zu Jörg Haider). Jahrelange Warnungen der Grünen wurden durch die Atomkatastrophe von Tschernobyl Ende April 1986 bestätigt, und die Kandidatur der aus der SPÖ ausgetretenen, durch die Hainburg-Ereignisse prominent gewordenen **Freda Meissner-Blau** bei der Bundespräsidentenwahl bewirkte eine grüne Mobilisierung. Im ersten Wahlgang am 4. Mai 1986 erreichte Meissner-Blau **5,50%** der Stimmen, wobei sie in Vorarlberg mit 10% und in Wien mit 8,2% am besten abschnitt. Dadurch wurde ein zweiter Wahlgang erzwungen, da der umstrittene ÖVP-Kandidat Kurt Waldheim mit 49,65% keine absolute Mehrheit erhielt. Dies gelang ihm erst im zweiten Wahlgang am 8. Juni mit 53,91% gegen den SPÖ-Kandidaten Kurt Steyrer. Daraufhin trat Bundeskanzler Fred Sinowatz zurück und wurde vom bisherigen Finanzminister Franz Vranitzky abgelöst. Nachdem der rechte FPÖ-Flügel mit Jörg Haider an der Spitze den bisherigen FPÖ-Chef und Vizekanzler Steger im September stürzte, löste Vranitzky die "kleine Koalition" auf und verlegte die für Frühjahr 1987 geplanten Nationalratswahlen auf den 23. November 1986 vor. Diese Ankündigung warf den Zeitplan für die "grüne Einigung" über den Haufen. Nachdem sich Freda Meissner-Blau bereit erklärt hatte, als Spitzenkandidatin für die Grünen anzutreten, wurde von den beteiligten Gruppen ein "Grundsatzvertrag" geschlossen und im September 1986 die **Partei "Die Grüne Alternative - Liste Freda Meissner-Blau (GRÜNE)" angemeldet** (1990: "Die Grüne Alternative - Grüne im Parlament", seit 1993 "Die Grünen - Die Grüne Alternative"). Auf Versammlungen in den einzelnen Bundesländern sollten unter Beteiligung aller dortigen Grüngruppen die Listen für die jeweiligen Wahlkreise erstellt werden.

Die offene Wiener Landesversammlung der GRAS fand am 4. Oktober 1986 statt. Bei der emotional verlaufenden Sitzung wurde schließlich die dem linken ALW-Flügel nahe stehende Andrea Komlosy mit 222 zu 150 Stimmen gegen Freda Meissner-Blau gewählt. Dieses Ergebnis wurde von letzterer jedoch nicht anerkannt, was schließlich zu einer eigenständigen Kandidatur der GRAS-Mehrheit um Andrea Komlosy in Wien unter dem Namen "Die Grünalternativen - Demokratische Liste (GAL)" führte. Die ehemalige VGÖ-Wien, die BIP und einzelne ALerInnen schlossen sich der Grünen Alternative an, deren Wiener Liste schließlich von Meissner-Blau vor Peter Pilz und dem Behindertenvertreter Manfred Srb angeführt wurde. In den Bundesländern kam es zu keinen Gegenkandidaturen. Lediglich in Kärnten traten die VGÖ, denen die Grüne Alternative "zu slowenInnenfreundlich" war, unter dem Namen "Kärntner Grüne" eigenständig an.

Kurz vor der Nationalratswahl zeigte sich an Hand der Rhein-Vergiftung durch den Chemiekonzern Sandoz in Basel, welche Folgen eine Politik, die sich Profitinteressen unterordnet, für die Umwelt hat. Auch das Thema "Draken-Abfangjäger" spielte im Wahlkampf der Grünen Alternative, die den Kauf jeglicher Kampfflugzeuge als einzige Partei ablehnte, eine Rolle.

Die Nationalratswahl vom 23. November 1986

SPÖ	2,092.024 Stimmen	43,12%	80 Mandate (-10)
ÖVP	2,003.663 Stimmen	41,30%	77 Mandate (- 4)
FPÖ	472.205 Stimmen	9,73%	18 Mandate (+ 6)
GRÜNE ALTERNATIVE	234.028 Stimmen	4,82%	8 Mandate (+ 8)
KPÖ	35.104 Stimmen	0,72%	
Liste "Mir reicht's!"	8.100 Stimmen	0,17%	
GAL	6.005 Stimmen	0,12%	
Kärntner Grüne	1.059 Stimmen	0,02%	

Zum Ergebnis der Wahl: Obwohl die SPÖ bei der Wahl stark verlor, blieb sie knapp vor der ebenfalls Stimmen und Mandate einbüßenden ÖVP. Diese beiden Parteien bildeten schließlich eine "Große Koalition" unter Bundeskanzler Vranitzky (1986-97), die danach mehrere Neuauflagen erlebte. Die nach rechts gerückte Haider-FPÖ gewann stark dazu, auch bei nachfolgenden Wahlen. Die Grüne Alternative schließlich kam bei ihrem ersten Antreten auf österreichweit **4,82%** der Stimmen. Dies war zwar weniger als erwartet, sollte aber dem auch bei einigen späteren Nationalratswahlen erzielten Anteil entsprechen (1990: 4,78%, 1995: 4,81%). Die besten Ergebnisse erzielte die Grüne Alternative in den Bundesländern Vorarlberg (8,83%), Wien (6,09%; GAL: 0,66%), Salzburg (5,91%), Tirol (5,76%) und Oberösterreich (4,87%), also in der Hauptstadt und in Westösterreich. In Süd- und Ostösterreich - Steiermark (4,08%), Kärnten (3,78%; Kärntner Grüne: 0,29%), Niederösterreich (3,59%) und Burgenland (2,48%) - war der Erfolg eher bescheiden. In der Südkärntner Gemeinde Zell/Pfarre (Sele/Fara), die den höchsten Anteil an slowenischsprachigen EinwohnerInnen hat, erzielte die Grüne Alternative mit 24,55% ihr Rekordergebnis auf Gemeindeebene.

Die **8 ersten grünen Abgeordneten** waren Freda Meissner-Blau (die auch zur ersten Klubobfrau gewählt wurde), VGÖ-Bundesobmann Josef Buchner aus Oberösterreich, der Schauspieler Herbert Fux von der Salzburger Bürgerliste, der durch die Ermittlungen gegen Ex-Finanzminister Androsch bekannt gewordene Staatsanwalt Walter Geyer, der als Rüstungsgegner profilierte Peter Pilz aus Wien, Karel Smolle von der slowenischen "Kärntner Einheitsliste", der aus der Behindertenbewegung kommende Sozialarbeiter Manfred Srb und Ex-ALÖ-Bundesgeschäftsführer Andreas Wabl aus der Steiermark. Durch spätere Rücktritte von Meissner-Blau, Geyer und Fux - im Herbst 1988 - rückten Frauen auf die Mandate nach: Helga Erlinger aus Hainburg (Niederösterreich), Astrid Kuttner-Kirchbaumer (Ex-Gemeinderätin der Alternativen Liste Innsbruck) und Holda Harrich aus Kärnten (die aus den VGÖ wegen deren Rechtslastigkeit ausgetreten war). Erst im Zuge der Listenerstellung für die Nationalratswahl 1990 setzte sich die Geschlechterparität bei Kandidaturen der Grünen verbindlich durch. Seither pendelte der Frauenanteil der grünen Parlamentsfraktion zwischen 46 und 67%. Josef Buchner wurde im Dezember 1987 aus dem Grünen Klub ausgeschlossen, da er mit Hilfe des rechten, an der Einigung nicht beteiligten VGÖ-Flügels bei diversen Wahlen (z.B. in Wien) Gegenkandidaturen organisiert hatte, und blieb bis 1990 "wilder Abgeordneter". Mit der Grünen Alternative gelang erstmals seit 1959 einer vierten Partei der Einzug in den Nationalrat, und im Grünlager kristallisierte sie sich (obwohl das Problem der VGÖ-Gegenkandidaturen noch bis 1993/94 bestehen sollte) ab 1986 als die dominierende Kraft heraus.